



Mit halber Kraft voran in den Referendumskampf

Den Gegnern der Personenfreizügigkeit fehlen die Mittel



Gegen die Personenfreizügigkeit haben kleine Parteien und Organisationen das Referendum ergriffen. Ob die «Grossen» im Abstimmungskampf mitmachen, ist ungewiss.

GAËTAN BALLY / KEYSTONE

Die Auns hat die Nein-Parole für den 8. Februar beschlossen, sie will sich im Abstimmungskampf aber nicht verausgaben. Weil auch die SVP in dieser Frage gespalten ist, scheinen die kleinen Referendumsorganisationen auf sich selbst gestellt. Blocher könnte das Blatt wenden.

sig. Bis im Sommer focht die Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz (Auns) lange Grabenkämpfe um die Fortsetzung der Personenfreizügigkeit und deren Ausweitung auf Bulgarien und Rumänien aus. Präsident Pirmin Schwander und der wohl grösste Teil der Mitglieder wollten das Referendum ergreifen. Eine Fraktion um Geschäftsführer Hans Fehr war dagegen und setzte sich dank einem Machtwort des ehemaligen Auns-Präsidenten Christoph Blocher durch. Nachdem die Junge SVP, die Schweizer Demokraten, die Lega und die Jugendorganisation «Young4Fun» die nötigen Unterschriften gesammelt hatten, beschloss der Auns-Vorstand im Herbst schliesslich die Nein-Parole. Er liess es aber offen, wie weit sich die Organisation mit 50 000 Mitgliedern im Abstimmungskampf enga-

gieren wird.

Begrenzter Einsatz

Mittlerweile scheint man sich innerhalb der Auns auf einen Mittelweg geeinigt zu haben. Auf Anfrage erklären Schwander und Fehr übereinstimmend, dass die Auns bei dieser Vorlage nicht die Federführung übernehmen wird. «Die Personenfreizügigkeit gehört nicht zu unserem Kerngeschäft», sagt der Zürcher Nationalrat Fehr. Prioritär für die Auns sei ihre Volksinitiative zur Ausweitung des Staatsvertragsreferendums, die nächstes Jahr «mit Sicherheit» zustande kommen werde, sowie eventuell ein Referendum gegen das Militärgesetz, wenn das Parlament neu Auslandesätze beschliesst. Auf jeden Fall werde die Auns «begrenzte Mittel» für die Abstimmung am 8. Februar einsetzen, sagt der Auns-Geschäftsführer.

Der Schwyzer Nationalrat Schwander betont, dass die Organisation erst nach der SVP-Delegiertenversammlung am nächsten Samstag definitiv über ihren Mitteleinsatz entscheiden werde. Für ihn sei aber klar, dass nicht die Auns oder die SVP die Federführung übernehmen. Dies sei Aufgabe der Referendumsorganisationen. Wie bei der Abstimmung über die Ost-Personenfrei-



zügigkeit wird es nach Schwanders Einschätzung dem Parteifrieden zuliebe keine reinen SVP-Komitees geben. Die Gegner der Vorlage würden sich in gemischten Komitees mit der Lega, den Schweizer Demokraten und den Vereinigungen der Jungen organisieren.

Hoffen auf die SVP-Delegierten

Lukas Reimann, 26-jähriger Nationalrat aus St. Gallen und Präsident von «Young4Fun», rechnet nicht mit grosser Unterstützung durch Auns und SVP. Die Vereinskasse sei wegen der Unterschriftensammlung praktisch leer, man budgetiere deshalb nur Kleinspenden und setze auf die Freiwilligenarbeit der rund 1000 Mitglieder. Ein Signal, dass sich Christoph Blocher mit grösseren Summen an der Nein-Kampagne beteiligen werde, hat Reimann bisher nicht erhalten.

Schwander, Fehr und Reimann hoffen alle, dass ein sehr deutliches Votum der SVP-Delegier-

ten am Samstag Schwung in die Kampagne bringen und die Kasse füllen könnte. Der Anteil Nein-Stimmen müsste für eine solche Initialzündung wohl weit über eine Zweidrittelmehrheit wie in der Bundeshausfraktion hinausgehen. Allerdings wird die Zeit knapp. Die Kampagne der Gegner ist noch kaum sichtbar, während die Befürworter schon vor mehreren Wochen begonnen haben. Bei wirtschaftspolitischen Vorlagen von vergleichbarer Tragweite hat die Wirtschaft 10 bis 20 Millionen Franken investiert.

Unbekannt ist bis jetzt, welche Rolle Christoph Blocher spielen wird. Er könnte sich nach einer Nichtwiederwahl in den Bundesrat so frei fühlen, doch noch mit voller Kraft gegen die Doppelvorgabe anzutreten. Die Startbedingungen wären aber ungünstig: Blocher hat seit seiner Abwahl vor einem Jahr schon fast alle denkbaren Positionen zur Personenfreizügigkeit vertreten, von einem Ja über einen Urnenboykott und die Verknüpfung mit dem Steuerstreit bis zu einem Nein.